

Karl-Werner Brand

Nachhaltigkeitsperspektiven in der (Post-) Corona Welt

Globale Umbrüche und die Herausbildung neuer Resilienzregime

Zusammenfassung: Der Beitrag geht der Frage nach, wie die Corona-Krise den Nachhaltigkeitsprozess transformiert. Die Effekte der Corona-Krise werden dabei im Kontext der verschiedenen, sich derzeit überlagernden globalen Krisen und Umbruchsprozesse diskutiert. Wie verknüpfen sich die Corona-Effekte mit diesen Umbruchsdynamiken, welche Entwicklungen werden beschleunigt, welche gebremst, welche neu gerahmt? Die zentrale These ist, dass Corona eine Verschiebung gesellschaftlicher Wahrnehmungsmuster bewirkt, die zur Herausbildung neuer „Resilienzregime“ führt. Damit ist auch eine Neurahmung des Nachhaltigkeitsverständnisses verbunden. Die zentralen gesellschaftlichen Konflikte werden in den kommenden Jahren auf diesem neuen Diskursterain ausgetragen, sie werden zu „Resilienzkonflikten“.

Abstract: The article explores the question of how the corona crisis is transforming sustainability processes. The effects of the corona crisis are discussed in the context of the multiple crisis and structural transformations which the world system is running through at the moment. How are the corona effects linked to these dynamics, which developments are accelerated, which are slowed down, which are framed anew? The central thesis is that the experience of the Corona crisis shifts the societal perception of reality, creates a higher awareness for the overall threats and vulnerability of present life which enforces the formation of „resilience regimes“. This is also associated with a new framing of the understanding of sustainability. In the coming years central political disputes will be carried on in the field of „resilience conflicts“.

Autor:

Karl-Werner Brand ist Professor für Soziologie (i. R.) an der Technischen Universität München. Er ist Mitbegründer der deutschen Umweltsoziologie und war viele Jahre Leiter der „Münchener Projektgruppe für Sozialforschung (MPS)“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeitspolitik, Umweltsoziologie, Umweltbewegungen, nachhaltiger Konsum sowie die international vergleichende Analyse sozial-ökologischer Transformationsprozesse.

post@src-brand.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

Sonderband II: : Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise
ISSN 2364-1282



Creative Commons-Lizenz, 2020

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Niklas Haarbush, Dieter Hoffmeister,
Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarbush

Layout/Satz: Frank Osterloh/Niklas Haarbush

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
Telefon: (0251) 83-25303
E-Mail: sun.redaktion@wwu.de
Website: www.ifs.wwu.de/sun



Einleitung

Corona wirbelt die Welt durcheinander. Erfahrungsmuster und Alltagspraktiken verschieben sich. Die sozialen Defizite neoliberaler Globalisierungsdynamiken und der Privatisierung sozialer Dienstleistungen treten in den Bildern überforderter Gesundheitssysteme, mit Corona-Kranken überfüllter, unzureichend ausgestatteter Krankenhäuser grell zutage. Der widersprüchliche politische Umgang mit der Pandemie in unterschiedlichen Ländern und grassierende Verschwörungstheorien machen die Probleme eines unter hoher Ungewissheit operierenden, gleichwohl mit dramatischen – ob gesundheitlichen oder wirtschaftlichen – Konsequenzen verbundenen politischen Krisenmanagements sichtbar. Der Corona-Lockdown führt zu einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise, er beschleunigt zugleich aber auch den digitalen Umbruch der Ökonomie. Er verringert die finanziellen Handlungsspielräume der Politik, bietet durch die gigantischen staatlichen Rettungsschirme und Investitionsprogramme aber auch die Chance, Klimaschutz und ökologische Modernisierung voranzutreiben.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise die ambivalenten Folgen der Corona-Krise die ‚Zukunft der Nachhaltigkeit‘ beeinflussen. Der Fokus der Überlegungen richtet sich dabei auf die Verknüpfung der Corona-Krise mit den sich derzeit (weltweit) vollziehenden Umbruchs-dynamiken. Wie interveniert die Corona-Krise in diese Entwicklungen, welche beschleunigt, welche bremst sie? Welche Formen gesellschaftlicher Regulierung verbreiten sich im Gefolge der Corona-Krise – und welche Folgen hat dies für den Nachhaltigkeitsprozess?

1. Phasenspezifische Transformationen des Nachhaltigkeitsprozesses

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung hat im Gefolge der UNCED-Konferenz in Rio 1992 rasch den Charakter eines neuen „regime of justification“ gewonnen (Boltanski/Thévenot 2006). Die hohe Offenheit und Konsensfähigkeit dieses Leitbilds hat aber zugleich dazu geführt, dass die jeweiligen Umsetzungsstrategien, insbesondere das hegemoniale Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als ökologische Modernisierung wirtschaftlichen Wachstums, von Anfang an umstritten waren (vgl. Brand 2014: 54 ff). Die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung erlangten in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern darüber hinaus eine sehr unterschiedliche Relevanz. Aber auch im Zeitablauf, im Prozess der Institutionalisierung gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprozesse, veränderten sich die Bedeutung und die Rolle dieses Leitbilds, je nach der Verschiebung öffentlicher Problemdebatten und Krisenerfahrungen. Grob gesehen lassen sich – mit Blick auf Deutschland und andere, westliche Industrieländer – bisher drei Phasen des Nachhaltigkeitsprozesses unterscheiden (vgl. auch Block et al. 2019):

Die *erste Phase* des Nachhaltigkeitsprozesses erstreckte sich von Anfang/Mitte der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre. Eingebettet in die Aufbruchsstimmung nach dem Zerfall des Ostblocks, den sich nun voll entfaltenden Globalisierungsdynamiken und der Verbreitung neuer partizipativer Formen von „Governance“ (von der lokalen bis zur internationalen Ebene) waren die ersten Ansätze der Konkretisierung und Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung von einer hohen Emphase getragen. Lokale Agenda 21-Prozesse und die Entwicklung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien mobilisierten viele der im ökologischen wie im sozialen und Eine Welt-Bereich aktiven

gesellschaftlichen Gruppen. Auch die wissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung erfuhr einen ersten Schub. Die Umsetzungsstrategien dieser Phase – auf der Ebene der Ziel- und Kriterienentwicklung, vor allem aber auf der Ebene modellhafter Praxisbeispiele – waren such- und lernorientiert, kooperativ und auf Win-Win-Möglichkeiten ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsaspekte bezogen. Zentrale Kontroversen auf lokaler wie nationaler Ebene wurden im Rahmen dieser dialogisch organisierten Nachhaltigkeitsprozesse dagegen eher ausgeklammert.

In einer bis zur Weltfinanzkrise dauernden *zweiten Phase* findet die Veralltäglichsung des Nachhaltigkeitskonzepts statt. Es wird zu einem gesellschaftlich weithin akzeptierten und in vielen Handlungsfeldern institutionalisierten Leitbegriff gesellschaftlichen Wandels, der in westlichen Ländern primär im Sinne ökologischer Modernisierung interpretiert wird. Es bildet sich die uns heute in all ihren Widersprüchlichkeiten vertraute „Gesellschaft der Nachhaltigkeit“ heraus (Neckel et al. 2018). Nachhaltiger Konsum wird zu einem zentralen Feld der Umsetzung dieses Leitbilds. Insgesamt verliert es gleichwohl an Attraktivität und gesellschaftlicher Mobilisierungskraft; Nachhaltigkeit wird zunehmend als Leerformel kritisiert. Auch auf dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 wird eine eher kritische Bilanz nachhaltiger Entwicklung gezogen. International befindet sich das neoliberale Regulationsmodell nach der Aufbruchphase in den Neunzigern inzwischen weltweit in einer Sättigungsphase. International ist diese Zeit durch den Beginn des islamisch-fundamentalistischen Terrorismus und den von den USA erklärten „war on terrorism“ geprägt.

Die *dritte Phase* wird zum einen durch die Erfahrungen der Weltfinanzkrise, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme geprägt, die kapitalismuskritischen Bewegungen einen

neuen Auftrieb und erhöhte Resonanz verschaffen. Zum anderen treten mit dem vierten IPCC-Bericht von 2007 die sich verschärfenden Folgen des Klimawandels in einer neuen, dramatischen Weise ins öffentliche Bewusstsein. Daraus erwächst, am Ende der Wirtschaftskrise, ein klimapolitisch gespeister Diskurs über die Notwendigkeit einer beschleunigten Transformation moderner Industriegesellschaften hin zu dekarbonisierten, post-fossilen Gesellschaften. In linken, kapitalismuskritischen Kreisen wird das harmonistische, durch gesellschaftliche Normalisierung zahnlos gewordene Konzept nachhaltiger Entwicklung durch das radikalere Konzept der „sozial-ökologischen Transformation“ ersetzt, das soziale Gerechtigkeitsperspektiven verstärkt in den Vordergrund rückt. Neue Postwachstumsbewegungen blühen auf. Aber auch im UN-Kontext wird mit der *Agenda 2030* und den *17 Sustainable Development Goals* ein radikalisiertes Konzept der Nachhaltigkeitstransformation verabschiedet. Zusammen mit dem lange erwarteten Durchbruch in den internationalen Klimaverhandlungen in Paris 2015 erfährt das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung somit in unterschiedlichen Varianten eine primär auf den Klimaschutz fokussierte neue Dynamik. Mit der Fridays-for-Future Bewegung erlebt diese am Ende des Jahrzehnts ihren Höhepunkt. Viele Städte, aber auch das europäische Parlament, erklären den „Klimanotstand“ und beschließen vergleichsweise radikale Handlungsprogramme, um „Klimaneutralität“ innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte zu erreichen. Auch die nationale Klimapolitik gerät in Bewegung. Bis Corona abrupt alles verändert.

Die Frage der Effektivität des Nachhaltigkeitsprozesses über seine verschiedenen Phasen hinweg lässt sich natürlich sehr kontrovers diskutieren. Dem liegen nicht nur unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe und Zielvorstellungen einer ‚nachhaltigen Gesellschaft‘, sondern auch unterschiedliche Konzepte gesellschaftlicher Transformation zugrunde. Die hier verfolgte

Transformationsperspektive sieht Nachhaltigkeitsprozesse nicht grundsätzlich blockiert. Sie sind weder in einem durch die kapitalistische Grundstruktur moderner Gesellschaften noch in einem durch ‚unverzichtbare‘, konsumistische Lebensstile und bestimmte Legitimationsimperative (post)moderner Demokratien festgezurrt System der „Nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“ gefangen (Blühdorn et al. 2020). Nachhaltige Entwicklung wird vielmehr als umkämpfter, politisch gestaltbarer Prozess verstanden, der immer wieder durch unvorhergesehene, dramatische Ereignisse vorangetrieben oder auch blockiert wird, der sich verstetigen und beschleunigen, ebenso gut auch aber auch scheitern und in einen globalen Crash münden kann. Zielgerichtete gesellschaftliche Umbruchs- und Transformationsprozesse bewegen sich gleichwohl immer im Kontext historischer Pfadabhängigkeiten und struktureller Entwicklungsdynamiken, im Kontext bestimmter Machtverhältnisse, Problemlagen, Krisen- und Konfliktkonstellationen. Diese strukturieren das jeweilige Handlungsterrain und die bestehenden Handlungsoptionen. Die Frage ist deshalb, in welchem historischen Kontext die Corona-Krise auftritt, wie sie sich mit aktuellen globalen Krisen- und Umbruchsdynamiken verknüpft, welche Trends sie beschleunigt oder bremst und wie sich das auf die Perspektiven nachhaltiger Entwicklung auswirkt.

2. Corona im Kontext epochaler Krisen und Umbruchsprozesse

Der globale historische Kontext, in dem wir uns heute bewegen, lässt sich als Überlagerung und Verschränkung von vier tiefgreifenden Krisen und Umbrüchen begreifen:

Das ist *erstens* der durch die digitale Revolution vorangetriebene technische Umbruch. Solche technischen Umbrüche vollziehen sich üblicherweise im Rahmen langer ökonomischer Wellen

(Kondratieff-Zyklen), die sich über 40-60 Jahre erstrecken. Die digitale Transformation verändert nicht nur die Wirtschaft und das Arbeitsleben, ihre stofflichen und energetischen Grundlagen. Sie strukturiert auch die gesellschaftliche Kommunikation und Organisation, das Verhältnis von privat und öffentlich, von Mensch und Maschine grundlegend um. Damit verändern sich auch Weltbilder und menschliche Selbstverständnisse.

Das ist *zweitens* die durch die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre markierte Krise des Neoliberalismus und die damit eingeleiteten Kämpfe um die Restrukturierung neuer, post-neoliberaler Regulationsmodelle. Diese müssen einerseits einen geeigneten Rahmen für die Entfaltung der wirtschaftlichen Potenziale und gesellschaftlichen Versprechungen der neuen digitalen Technologien bieten, andererseits aber auch eine überzeugende Antwort auf die derzeit zentralen Krisen- und Problemlagen geben.

Das ist *drittens* der mit der Erosion des neoliberalen Regulationsmodells einhergehende Zerfall der von den USA dominierten kapitalistisch-liberalen Weltordnung. Deren demokratische Grundprinzipien waren nach dem zweiten Weltkrieg, trotz aller Blockkonfrontation, zur Grundlage einer neuen internationalen Ordnung geworden, die in der Charta der Vereinten Nationen und den in diesem Rahmen entwickelten internationalen Regimen zum Ausdruck kam. Paradoxerweise untergrub nun gerade die beschleunigte wirtschaftliche Globalisierung und die weltweite Verbreitung neoliberaler Regulierungsformen nach der Implosion des Ostblocks aber die Hegemonie Amerikas. Mit der Öffnung und dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas erwuchs den USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine ökonomisch und politisch machtvolle Konkurrenz. Die Globalisierungsdynamiken beförderten darüber hinaus eine neue Heterogenisierung der Welt. Post-koloniale Emanzipationsprozesse beschleunigten sich, Bürgerkriege und regionale Konflikte

gewannen an Gewicht. Die seit der industriellen Revolution bestehende, kolonial verankerte Hegemonie der westlichen Moderne neigt sich dem Ende entgegen. In vielen muslimisch geprägten Ländern profilierte sich der politische Islamismus als Gegenmodell zur westlichen Kultur. Nicht nur das Scheitern der im Rahmen des „war on terrorism“ geführten militärischen Interventionen in Afghanistan und im Nahen Osten, sondern auch die Weltfinanzkrise der späten 2000er Jahre und deren Folgen machten die Grenzen des von den USA dominierten hegemonialen Ordnungsmodells offensichtlich. Wie immer beim Zerfall von Imperien, so führt dies auch in diesem Fall, verstärkt seit der nationalistischen Wende der amerikanischen Politik unter Donald Trump, zum Aufleben neuer Hegemonialkonflikte. Das fördert auf der ganzen Welt die Verbreitung nationalistisch-autoritärer Strömungen und Regime, nährt generelle Krisenstimmungen und vertieft politisch-ideologische Konflikte.

Das ist *viertens* die ökologische Krise. Sie ist eine Folge der globalen Verbreitung modernen industrieller Naturverhältnisse. Die mit der industriellen Revolution einsetzende, durch kapitalistische Markt- und staatliche Modernisierungsdynamiken vorangetriebene Industrialisierung unserer Wirtschafts- und Lebensformen stützt sich (auch heute noch überwiegend) auf fossile Energieträger; sie zielt auf technische Naturbeherrschung und eine ökonomisch effiziente Naturausbeutung. Beschleunigt durch die Verbreitung von Massenkonsum und ein exponentielles Bevölkerungswachstum hatte dies, insbesondere seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, massive Umweltschäden, Zerstörungen globaler Ökosysteme und eine sich beschleunigende Erderwärmung zur Folge. Seit Ende des zwanzigsten Jahrhunderts besteht deshalb ein breiter Konsens darüber, dass das expansive Modell industrieller Modernisierung und wirtschaftlichen Wachstums grundlegender ökologischer Korrekturen bedarf. Die im Rahmen der Umwelt- und Nachhaltig-

keitspolitik eingeleiteten Reformen konnten die weitere, globale Verschärfung der ökologischen Problematik bisher aber nicht verhindern. Insbesondere der Klimawandel wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem weltweit immer bedrohlicheren Problem.

Diese vier globalen Krisen und Umbruchsprozesse überlagern sich heute und verdichten sich zu einer historischen Epochenwende. Das schafft komplexe Problemlagen und Krisenerfahrungen. Die Frage ist, wie die Corona-Krise in diese Umbruchs-dynamiken interveniert und welche Weichenstellungen dadurch vorangetrieben werden.

3. Die Corona-Krise als Katalysator gesellschaftlicher Transformationsdynamiken

Deutlich erkennbar ist *erstens*, dass der durch die Corona-Krise bewirkte weltweite wirtschaftliche Einbruch den Strukturwandel hin zum digitalen Kapitalismus enorm beschleunigt. Die sprunghaft gestiegene Bedeutung von Homeoffice, Videokonferenzen, Onlinehandel, Online-Verwaltung oder Online-Lehre, aber auch die Ankündigung von Banken oder Warenhäusern, die Krise zu nutzen, um ihre lokalen Filialen drastisch zugunsten des Online-Geschäfts abzubauen, verdeutlichen diese sprunghafte Entwicklung hin zur digitalen Gesellschaft. Auch die zumindest partielle Koppelung umfassender staatlicher Finanzhilfen an Investitionen in neue, zukunftsfähige Technologien wird den digitalen Umbruch in allen Wirtschaftsbranchen, aber auch die Digitalisierung des Alltagslebens beschleunigen. Das ermöglicht nicht nur energie- und umwelteffizientere Lebensformen in Haushalten, im Wohn- und Mobilitätsbereich. Es erhöht auch umfassende digitale Kontrollmöglichkeiten. Die zur Verfolgung von Infektionsketten – in totalitären wie in

liberaleren Formen – genutzte *Social Tracking* macht das besonders anschaulich.

Eine *zweite*, offenkundige Folge der Corona-Krise ist die verschärfte Wahrnehmung der mit der globalen Ausdifferenzierung von Produktionsketten entstandenen neuen Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten. Das wurde schlagartig am Mangel notwendiger Atemmasken und medizinischer Schutzbekleidung sichtbar. Die von wirtschaftlichen Rentabilitätskriterien immer weiter vorangetriebene Ausdifferenzierung und Verflechtung globaler Weltmärkte schafft offensichtlich auch für reiche, hochindustrialisierte Länder neue Verwundbarkeiten (vgl. auch Beck 2007). All das fördert die Bereitschaft zur Re-Lokalisierung systemrelevanter Produktionszweige – und was als ‚systemrelevant‘ gilt, wird in der Corona-Krise völlig neu definiert.

Die Corona-Krise rückt aber auch die durch das neoliberale Regulationsmodell weltweit verschärften sozialen Ungleichheiten und sozialen Defizite ins öffentliche Bewusstsein. Die umfassenden Privatisierungsprozesse des Gesundheitssystems haben in den vergangenen Jahrzehnten zu Fehlentwicklungen geführt, die in der Corona-Krise in vielen Ländern schmerzlich an fehlenden Krankenhausbetten, fehlender technischer Ausstattung und fehlendem Personal sichtbar wurden. Aber auch die gesundheitliche Gefährdung durch das Corona-Virus und die Todesraten sind in armen, sozial marginalisierten Bevölkerungsgruppen (etwa in den USA oder Brasilien) um ein Vielfaches höher als unter reicheren, weißen Bevölkerungsschichten. Auch die Unterbezahlung des Pflegepersonals in Altersheimen und Krankenhäusern wird in der Corona-Krise zu einem öffentlichen Thema. All das macht deutlich, dass ein primär an Rentabilitätskriterien orientiertes Gesundheitssystem den allgemeinen Schutz menschlichen Lebens – nicht nur den der zahlungskräftigeren Bevölkerungsgruppen – nicht hinreichend gewährleisten kann.

Die Kritik am neoliberalen Regulationsmodell gewinnt so weiteren Auftrieb. Die Forderungen nach institutionellen Korrekturen erhalten eine zusätzliche Dringlichkeit durch die erwartbare drastische Verschärfung von Armutsproblemen im Gefolge des weltweiten wirtschaftlichen Corona-Einbruchs.

Was die *dritte* globale Krise betrifft, den Zerfall der von den USA dominierten Weltordnung, so gerät auch das internationale Management der Corona-Krise in den Sog der neuen Hegemonialkonflikte, nationalistischen Abgrenzungen und Schuldzuweisungen. Der von Trump betriebene Austritt der USA aus der WHO treibt auch die Erosion des internationalen Ordnungs- und Kooperationsgefüges weiter voran. In den Sog der neuen nationalistischen Konkurrenzen gerät auch das Bemühen, mit der Lockerung des Lockdowns wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Ob die gewaltigen europäischen Finanzhilfen zur Unterstützung wirtschaftlich schwächerer, von der Pandemie besonders betroffener Mitgliedsländer der EU die bereits seit längerem wachsenden ökonomischen, sozialen und politischen Spannungen innerhalb Europas abschwächen können, ist eine offene Frage. Skepsis ist angebracht. Grundsätzlich macht die Corona-Pandemie allerdings auch deutlich, dass die effektive Bearbeitung globaler Probleme auf funktionsfähige internationale Organisationen als koordinierenden Rahmen nationaler Problemlösungsstrategien angewiesen ist.

Die Reaktion auf die *vierte* globale Krise, die wachsende Gefährdung menschlichen Lebensbedingungen durch die ökologischen Folgeprobleme moderner Industriegesellschaften, wird durch die Corona-Pandemie in ambivalenter Weise beeinflusst. Zum einen rückt die Corona-Pandemie die hohe Abhängigkeit selbst moderner, wissenschaftlich und technisch hoch gerüsteter Länder von natürlichen Prozessen wieder neu und wieder ganz anders ins Bewusstsein. Es sind nicht nur

drohende Extremwetter, Dürren, Brände, Überschwemmungen etc., sondern es ist die komplexe Verknüpfung eines ganz einfachen Virus mit den modernen, globalisierten Lebensweisen, die das öffentliche und wirtschaftliche Leben zum Stillstand bringt. Das führte weltweit zunächst zu einer drastischen Verringerung des CO₂-Ausstoßes; im Schnitt betrug der weltweite Rückgang der Emissionen nach den Berechnungen des *Global Carbon Projects* im April dieses Jahres 17 Prozent. Erwartet wird für das gesamte Jahr ein Rückgang von vier bis sieben Prozent (vgl. SZ vom 22.05.20). Das bedeutet allerdings zugleich, dass kurz- und mittelfristige Effekte der Wirtschaftskrise allein den Klimawandel nicht entscheidend bremsen können. Es bedarf weiterhin entschiedener klimapolitischer Anstrengungen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Zu erwarten ist allerdings auch, dass die wirtschaftliche Zäsur der Corona-Krise, die dadurch beschleunigte digitale Restrukturierung der Wirtschaft und die zur Verhinderung neuer Infektionswellen weiter bestehenden Einschränkungen von Tourismus, Festivals, Massenveranstaltungen etc. das Wachstums- und Konsumniveau auf längere Zeit absenken. Das könnte Postwachstumsvertreter*innen freuen, würde es – ohne gezielte Gegensteuerung – nicht zugleich auch bestehende Armut- und Ungleichheitsprobleme drastisch verschärfen.

Was die bereits seit längerem proklamierte Verkehrs- oder Mobilitätswende betrifft, so sind die Effekte der Corona-Krise ambivalent. Zwar hat der Radverkehr an Bedeutung gewonnen; aufgrund des befürchteten höheren Ansteckungsrisikos ist die Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs aber drastisch eingebrochen und das wird auf längere Zeit so bleiben. Auch das Car-Sharing und alle sonstigen Angebote der in den letzten Jahren florierenden Sharing Economy haben einen Absturz erlebt. Das Privatauto ist der eindeutige Corona-Gewinner. Auch wenn

nun staatliche Hilfsprogramme den Umstieg in die E-Mobilität beschleunigen, so erschwert dies doch die angestrebte Mobilitätswende.

Insgesamt hat die Corona-Krise den durch die Klimabewegung 2019 bewirkten optimistischen Aufbruch in eine klimaneutrale, nachhaltigere Zukunft gebrochen. Angst und Vorsicht, die Wahrnehmung von Einschränkung und Kontrolle – und die daran sich entzündenden Konflikte dominieren. Durch den wirtschaftlichen Einbruch haben sich auch die finanziellen Handlungsspielräume für eine beschleunigte Klimapolitik erheblich verschlechtert. Das gilt insbesondere für die kommunale Ebene. Interessengegensätze werden härter. Die tiefe Zäsur im öffentlichen Leben, der radikale Bruch mit der sich immer schneller drehenden Spirale öffentlicher Events, Festivals und Massenveranstaltungen, von Spaßkonsum, Städte-Hopping und Ferntourismus, hat allerdings auch Bewertungsmaßstäbe und Alltagspräferenzen verschoben. Der erzwungene Rückzug ins Private, die gebotene Achtsamkeit im öffentlichen Leben, die Digitalisierung sozialer Beziehungen und das neue Sicherheitsdenken hinterlassen ihre Spuren. Das ist in emanzipativer Hinsicht nicht unbedingt förderlich; klassische Geschlechterrollen werden erneut verfestigt. Aber es entstehen auch Räume für die Ausbildung bewussterer, nachhaltigerer Konsum- und Lebensstile. Was die technisch-ökonomische Entwicklung betrifft, so bieten die gewaltigen staatlichen Rettungs- und Investitionsprogramme die große Chance, nicht nur die Digitalisierung der Ökonomie voranzutreiben, sondern diese auch mit Klimaschutz und ökologischen Modernisierung zu verknüpfen (Green Deal). In welchem Umfang dies geschieht und welche Effekte dies hat, wird sich zeigen.

4. Die Herausbildung neuer Resilienzregime

Die Corona-Krise hinterlässt allerdings auch noch in einer anderen Hinsicht markante Spuren: auf der Ebene politischer Regulierung. Wer hätte angesichts der mühselig umkämpften Schritte in der Klimapolitik und anderen Bereichen (nicht) nachhaltiger Entwicklung je gedacht, dass liberale, von Erosion und Legitimationsverlust bedrohte Demokratien im Falle gesundheitsbedrohlicher Infektionswellen zu solch radikalen Eingriffen in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben in der Lage wären? Und dass dabei die Zustimmungswerte zur Regierung und ihrem Krisenmanagement in ungeahnte Höhen schnellen?

Ausgangssperren, Hygieneregeln und die geforderte sozial-räumliche Distanzierung, die Schließung von Geschäften und Gaststätten wurden zwar mehr oder weniger streng kontrolliert; ihre Einhaltung erforderte aber auch subjektive Einsicht und Selbstdisziplin, eine auf den Schutz der Gemeinschaft bezogene neue Achtsamkeit. Diese wurde in politischen und gesellschaftlichen Solidaritätsappellen auch unentwegt propagiert. Mit wachsender Dauer der Einschränkung wuchs zwar die Ungeduld und es regte sich vermehrt Protest gegen die Einschränkungen. Aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung befolgte doch mehr oder weniger umstandslos die vorgegebenen Regeln, auch wenn diese in vielen Fällen eine erhebliche Zumutung darstellten. Dauerhafte, mit Gesundheits- und Sicherheitsinteressen verbundene politische Einschränkungen und Disziplinierungen des öffentlichen Lebens bleiben aber nicht folgenlos. Sie verändern den Umgang der Menschen miteinander und sie verändern die Wahrnehmung der Politik. Sie verändern die Techniken, mit denen Menschen regiert werden und mit denen sie sich ›selbst regieren‹ (Foucault 2004a, 2004b). Die Frage ist, in welche Richtung diese Veränderungen weisen.

Meine These ist, dass die Zäsur der Corona-Krise, die veränderten Bedrohungswahrnehmungen und die politisch wie privat eingeübten Muster des Krisenmanagements die Herausbildung neuer Formen gesellschaftlicher Regulierung (Gouvernementalität) beschleunigen, die sich als *Resilienzregime* beschreiben lassen. Das hat auch entsprechende Konsequenzen für das Verständnis und die Umsetzungsstrategien nachhaltiger Entwicklung. Diese These soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Die in den vergangenen Monaten ergriffenen Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie sind auf den Notfall, auf das Management akuter Gefährdungen und drohender Katastrophen zugeschnitten. Staatliche Akteure müssen sich in dieser Situation durch ein *effizientes Krisenmanagement* bewähren, das sich auf wissenschaftliche Evidenzen, überzeugende Problemnarrative und Lösungsstrategien stützt. Dieses Legitimationserfordernis kollidiert allerdings mit dem hohen Grad an Nichtwissen, das für die meisten neuen, hochgradig komplexen, systemisch miteinander vernetzten Risiken und Problemlagen typisch ist (vgl. Renn 2008, 2016). Ungewisses, umstrittenes Expert*innenwissen stellt gleichwohl die einzige Basis für problemadäquate politische Handlungsstrategien dar. Das schafft ein grundlegendes Dilemma. Während die Ungewissheit einen experimentellen, lernorientierten Umgang mit den jeweiligen Bedrohungen nahelegt, schürt ein im Schatten von Ungewissheit und konkurrierenden wissenschaftlichen Expertisen operierendes politisches Krisenmanagement öffentlich gleichwohl doch nur Unsicherheit und eröffnet ein weites Feld für ideologische Deutungs- und Machtkämpfe (die sich der einen oder anderen wissenschaftlichen Meinung zur Stützung ihrer Position bedienen).

Die Bemühungen der Politik zielen deshalb meist darauf ab, die Expertise hoch angesehener Wissenschaftler*innen oder einen möglichst breiten Expert*innenkonsens als Legitimationsbasis für

ihre Entscheidungen zu gewinnen, um sie als notwendig und ‚alternativlos‘ begründen zu können. Im Bereich der internationalen Klimapolitik wurde zu diesem Zweck bereits in den neunziger Jahren das *International Panel for Climate Change* (IPCC) geschaffen, um möglichst hohe wissenschaftliche Evidenzen für die Ursachen und Folgen des Klimawandels und für notwendige politische Gegenmaßnahmen zu gewinnen. Das hat bisher selbst im Fall des Klimawandels allerdings nur begrenzt funktioniert. Wie die Corona-Krise zeigt, verschärfen die neuen sozialen Medien, die Digitalisierung der öffentlichen Kommunikation, dieses Problem noch einmal zusätzlich.

Die Corona-Krise bewirkt allerdings eine gegenüber bisherigen Risikokonflikten entscheidende Veränderung. Sie verschiebt diese Konflikte auf ein neues Diskursterrain, in einen veränderten politisch-kulturellen Kontext, der durch existentielle Bedrohungen und multiple, sich verschärfende Krisenerfahrungen geprägt ist. Das Leben der Post-Corona-Welt wird prekärer, ungewisser, unsicherer. Je weniger akute Gefährdungen aber als singuläre Ereignisse, sondern als Teil einer unsicheren, von multiplen Krisen und Katastrophen bedrohten Welt wahrgenommen werden, desto zentraler wird eine am *Leitbild der Resilienz* orientierte Krisen- und Katastrophenvorsorge.

Resilienz dient nun schon seit längerem, im psychologischen und gesundheitswissenschaftlichen Kontext, im Rahmen der (sozial-)ökologischen wie der Katastrophen- und Vulnerabilitätsforschung als ein Schlüsselbegriff, der einen neuen Zugang zu Stress, Krisen und Katastrophenereignissen eröffnet. Dieses neue Paradigma zielt nicht auf Verhinderung disruptiver Ereignisse, sondern auf die Erhöhung der Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit individueller, sozialer oder ökologischer Systeme gegenüber diesen Belastungen. Dieses Paradigma hat sich seit der Jahrhundertwende in rascher Geschwindigkeit zu einem übergreifenden *Leitkonzept* entwickelt (vgl. Bonß 2015,

Bröckling 2017, Endreß/Maurer 2015, Wink 2016). „Resilienz dient als übergreifende Chiffre für einen Umgang mit Risiken, Gefährdungslagen und unkalkulierbaren Ereignissen disruptiven Wandels, der weniger auf vorbeugende Verhinderung ihres Eintretens als auf die Befähigung abzielt, sich auf sie einzustellen und ihre Auswirkungen zu bewältigen“ (Bröckling 2017: 2/21).

Das Eintreten von Krisen, Gefährdungen und Katastrophen lässt sich aus dieser – meist Komplexitätstheoretisch fundierten – Perspektive durch präventive Maßnahmen nicht mehr grundsätzlich verhindern; dazu ist die Welt viel zu komplex, in all ihren Wechselwirkungen zu unberechenbar geworden.¹ „*Resilience thinking* [...] anticipates change and understands that major shocks are inevitable in a world that is facing huge challenges like climate change, resource scarcity, biodiversity loss, economic instability and social unrest“ (zit. in Bonß 2015: 20). Aus dieser Perspektive gewinnt die Frage nach Resilienzpotezialen eine zentrale Bedeutung. Wie kann die Verletzbarkeit (Vulnerabilität) sozialer oder sozial-ökologischer Systeme verringert und ihre Widerstandsfähigkeit erhöht werden? Wie können die unvermeidbaren Bedrohungen, Krisen und Schocks so verarbeitet werden, dass die jeweiligen Systeme nicht zusammenbrechen, sondern ihren ‚Kern‘ bewahren? Im Vordergrund steht dabei nicht die Erhaltung eines bestimmten Systemzustands; zentral für das Resilienzkonzept ist vielmehr ein prozesshaft-dynamisches Bestandskonzept, das Lern-,

1 Diese Anpassungsperspektive, die gedankliche Verabschiedung der Möglichkeit, durch eine ‚Große Transformation‘ die Krisenhaftigkeit, die sozialen und subjektiven Zumutungen des Kapitalismus an sich beseitigen zu können, erklärt die üblicherweise sehr kritische Perspektive der Soziologie auf das Modell des „resilienten Subjekts“ (vgl. Graefe 2019). Das hat im Rahmen eines als alternativlos wahrgenommenen, neoliberal verfassten, ‚flexiblen Kapitalismus‘ seinen guten Sinn. Der Kontext verändert sich aber im Rahmen der neuen Resilienzregime, die wirtschaftlich, sozial und politisch sehr unterschiedlich organisiert sein können.

Anpassungs- und Transformationsprozesse miteinschließt.

Was das *konkret* für moderne Gesellschaften bedeutet, welche ökonomischen, technischen und politischen Strukturen mehr oder weniger geeignet sind, um gesellschaftliche Resilienz zu erhöhen, bleibt dabei jedoch offen. Der sozial-ökologische Verweis auf Diversität, lose Kopplungen und dichte Feedbacks als begünstigende Faktoren bleibt zu sehr allgemeinen Komplexitätstheoretischen Modellannahmen verhaftet, um konkrete Hinweise auf erforderliche, am Leitbild der Resilienz orientierte Restrukturierungen moderner Gesellschaften geben zu können. Das Leitkonzept der Resilienz ist in verschiedene Richtungen anschlussfähig. Das integrierende, konstitutive Element neuer Resilienzregime ist kein bestimmtes gesellschaftliches Ordnungsmodell, sondern ein durch das Gefühl hoher Vulnerabilität geprägtes Wirklichkeitsverständnis und die darauf bezogenen politischen und gesellschaftlichen Handlungsstrategien (Erhöhung der Resilienz).

Das Resilienzparadigma bricht mit optimistischen Fortschrittserwartungen und Technikvisionen, mit Vorstellungen universeller Machbarkeit, rationaler Plan- und Steuerbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung. Es verabschiedet wirtschaftliches Wachstum und wachsenden individuellen Wohlstand als zentralen, unhinterfragten Bezugspunkt staatlichen Handelns. Optimistische, utopische weichen pessimistischen, dystopischen Zukunftsvisionen. An die Stelle von Aufbruchs-, Entgrenzungs- und Emanzipationszielen treten Ziele der Begrenzung und Reterritorialisierung, die Betonung von Ordnung und (sozialer) Sicherheit, von Familie und Tradition.²

2 Diese Beschreibung deckt sich mit dem von Rolf Schwendter in umfangreichen historischen Analysen gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe identifizierten langwelligen, mit den auf- und absteigenden Akkumulationszyklen verbun-

Das Resilienzparadigma rahmt auch die zentralen gesellschaftlichen Kontroversen neu. Die in der politischen Debatte miteinander konkurrierenden politischen Positionen und Gesellschaftsentwürfe bieten dafür unterschiedliche Anschlussmöglichkeiten. Entscheidend für die jeweiligen Neurahmungen ist, wie der durch Anpassung, Wandel oder Transformation zu bewahrende ‚Kern‘ des Gesellschaftssystems definiert wird. Das geschieht im Rahmen ökologischer Modelle eines neuen, friedlicheren Verhältnisses von Natur und Gesellschaft wesentlich anders, als wenn das klassische Wirtschafts- und Wohlstandsmodell als der zu bewahrende Kern gesehen wird, was verstärkte Aus- und Abgrenzungsstrategien zur Folge hat. Resiliente Gesellschaftsmodelle können sich auch verstärkt an Prinzipien der Gemeinwohlökonomie orientieren, um die Abhängigkeit von profitorientierten Marktdynamiken und globalen Produktionsketten zu verringern. Nationalistische Resilienzmodelle zielen wiederum auf die Stärkung nationaler Unabhängigkeit oder auf die Bewahrung der eigenen völkischen oder ethnischen Identität gegenüber externen Bedrohungen. Das Leitbild der Resilienz lässt sich ebenso gut aber auch in kosmopolitische Ordnungsmodelle übersetzen, die das Ziel verfolgen, funktionsfähige internationale Organisationen zu schaffen (oder zu bewahren), um drängende globale Probleme kooperativ lösen und die Vulnerabilität armer, besonderes exponierter Länder und Bevölkerungsgruppen verringern zu können. All diese gegensätzlichen Entwürfe gesellschaftlicher Resilienzregime umreißen das neue Feld zentraler gesellschaftlicher Konflikte (*Resilienzkonflikte*).

Die unterschiedliche Anschlussfähigkeit der verschiedenen Bedrohungen, Problem- und Krisenlagen an die eigenen Weltbilder und Gesellschaftsmodelle führt zu selektiven Dramatisierungen, Bagatellisierungen oder auch zur

denen Wandel gesellschaftlicher „Grundtonalitäten“ im 19. und 20. Jahrhundert (Schwendter 1982/84).

gänzlichen Leugnung einzelner Bedrohungen („Klimahysterie“ etc.). Ideologisch stark aufgeladene Definitionskämpfe um die jeweils zentralen Gefahren und Bedrohungen erlangen deshalb einen hohen Stellenwert in den sich herausbildenden Resilienzregimen – zumindest in liberal verfassten Staaten mit einer halbwegs funktionierenden Öffentlichkeit. Diese Definitionskämpfe entscheiden über die Richtung der als notwendig erachteten strukturellen Anpassungen und über die gewählten Regulierungsformen. Resilienzregime sind nicht zwangsläufig Notstands- und Kontrollregime. Die Bewältigung von disruptiven Störungen und Katastrophen ist nur der Fluchtpunkt, auf den sie sich beziehen. Das stärkt zwar – und schafft eine erhöhte Akzeptanz – für expertokratische, autoritäre Formen der Krisenregulierung. Jedes Problem, jede Bedrohung und Krise erfordert aber andere Maßnahmen und Eingriffe. Und jedes Gesellschaftsmodell legt andere Strategien gesellschaftlicher Organisation und Regulierung nahe, um soziale Resilienz zu erhöhen und auf Dauer sicher zu stellen.

5. Resilienzregime und Nachhaltige Entwicklung

Was bedeutet das für das Verständnis und die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung? Der skizzierten These zufolge ist die durch die Corona-Krise eingeläutete vierte Phase des Nachhaltigkeitsprozesses durch das Resilienzschema geprägt. Das verschiebt nicht nur die Akzente von Klimaschutz auf Klimaanpassung. Es bettet die Umsetzung der SDGs ganz generell in die neue Resilienzperspektive ein. Das bedeutet, dass die verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und politisch-institutionellen Nachhaltigkeitsziele je nach Relevanz im Kontext des „resilience thinking“ eine Neugewichtung erfahren. Obwohl die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf politischer Ebene institutionalisierten, durch

Monitoringprozesse begleiteten Bahnen folgt, ist ihre Durchsetzungsfähigkeit und die jeweilige Prioritätensetzung doch stark von den jeweils zentralen Problemdebatten und Krisenerfahrungen geprägt. Die Corona-Krise hat die hohe Verletzbarkeit moderner, global verflochtener Gesellschaften, ihre Naturabhängigkeit, aber auch ihre ausgeprägten sozialen Ungleichheiten in einer ganz spezifischen Weise ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Andere Krisen tun dies wieder in anderer Weise. Grundsätzlich wird der Krisenmodus aber das kommende Jahrzehnt bestimmen. Die oben skizzierten vier grundlegenden globalen Umbruchs- und Krisendynamiken, die sich wechselseitig überlappen und zu einer historischen Epochenwende verdichten, werden sich nicht in wenigen Jahren zu einer neuen, stabilen Ordnung fügen. Grundlegende Konflikte werden sich vielmehr verschärfen. Wachsende globale Probleme vergrößern allerdings auch den Druck zur Entwicklung neuer, international koordinierter Formen der Problemlösung.

Insgesamt schafft diese Konstellation wenig Raum für optimistische Zukunftsvisionen ‚sanfter‘, bruchloser ökologischer Modernisierung; sie untergräbt aber auch die Emphase radikalerer sozial-ökologischer Transformationsbestrebungen. Degrowth-Bewegungen speisten sich bisher aus der Kontrasterfahrung einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Wachstums- und Konsumspirale; diese Dynamik ist gebrochen. In den Vordergrund rücken nun krisenresistente, auf die Erhöhung gesellschaftlicher Resilienz zielende Modelle nachhaltiger Entwicklung. Was das konkret bedeutet, wird zentraler Gegenstand der politischen Nachhaltigkeitsdebatten der kommenden Jahre sein. Insgesamt ist diese Entwicklung in einen globalen Kontext sich verschärfender Konflikte eingebettet, die sicher nicht gänzlich, aber doch ganz wesentlich auf dem neuen Feld der Resilienzkonflikte ausgetragen werden.

Literatur

- Beck, U. (2007): Weltrisikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Block, K./Brand, K.-W./Henkel, A./Barth, T./Bösch, S./Dickel, S./Görge, B./Köhren, J./Pfister, T./Wendt, B. (2019): Soziologie der Nachhaltigkeit. Zwischen Transformation und Reflexion. In: Soziologie und Nachhaltigkeit, Sonderband IV.
- Blühdorn, I./Butzlaff, F./Deflorian, M./Hausknost, D./Mock, M. (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: transcript.
- Boltanski, L./Thévenot, L. (2006): On justification: Economies of worth. Princeton: Princeton University Press.
- Bonß, W. (2015): Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienzkonzepts. In: Endreß, M./Maurer, A. [Hrsg.]: Resilienz im Sozialen. Wiesbaden: Springer, S. 15-31.
- Bröckling, U. (2017): Resilienz – Über einen Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts. Hamburg: Hamburger Institut für Sozialforschung, Soziopolis – Gesellschaft beobachten. Online: <https://www.sociopolis.de/beobachten/kultur/artikel/resilienz/> [Zugriff: 11.08.2020].
- Brand, K.-W. (2014): Umweltsoziologie. Entwicklungslinien, Basiskonzepte und Erklärungsmodelle. Weinheim: BeltzJuventa.
- Endreß, M./Maurer, A. [Hrsg.] (2015): Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen. Wiesbaden: Springer.
- Foucault, M. (2004a): Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (2004b): Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Graefe, S. (2019): Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit. Bielefeld: transcript.
- Neckel, S./Besedovsky, N./Bodenberg, M./Hansenfratz, M./Pritz, S./Wiegand, T. (2018): Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms. Bielefeld: transcript.
- Renn, O. (2008): Risk governance. Coping with uncertainty in a complex world. London: Earthscan.
- Renn, O. (2016): Systemic risks: the new kid on the block. In: Environment: Science and Policy for Sustainable Development, 58 (2), S. 26-36.
- Schwendter, R. (1982/84): Zur Geschichte der Zukunft. Band 1 und 2. Frankfurt: Syndikat.
- Wink, R. [Hrsg.] (2016): Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung. Wiesbaden: Springer.